

1 **S-07**
2 **Antragsteller: NRW Jusos**
3
4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
5
6 **Hartz IV konsequent abschaffen – Den Weg zu einem**
7 **solidarischen Sozialstaat zu Ende gehen!**
8
9 Wir begrüßen die Diskussion über eine „Sozialstaatsre-
10 form 2025“, die unsere Partei zurzeit in der Breite führt.
11 Nach Jahren, in denen man auf unsere Forderungen
12 nach einer Abschaffung des Hartz-Systems mit dem
13 Verweis reagiert hat, dass dies fruchtlose Vergangen-
14 heitsbewältigung sei, scheint nun Konsens darüber zu
15 herrschen, einen zentralen, historischen Fehler in der
16 Arbeits- und Sozialpolitik zu korrigieren. Und die bis-
17 her vorgelegten Punkte sind große Schritte in die rich-
18 tige Richtung. Zugleich ist für uns klar, dass die Sozial-
19 demokratie nun nicht auf halbem Weg stehen bleiben
20 darf. Das Hartz-System gehört konsequent abgeschafft
21 und ersetzt! Um das zu erreichen, braucht es nicht we-
22 niger als ein neues sozialdemokratisches Verständnis
23 des Sozialstaats, das unserer politischen Identität ge-
24 recht wird und sich aus der Ehe mit dem Neoliberalis-
25 mus gänzlich befreit hat.
26
27 **Unser Konzept eines aktiven, solidarischen Sozialstaats**
28 Hartz IV und der Paradigmenwechsel, der im Sinne des
29 dritten Wegs in der Politik der Sozialdemokratie statt-
30 fand, war ein Fehler. Dieses Bekenntnis muss unser Aus-
31 gangspunkt sein. Die grundfalsche Idee eines aktivie-
32 renden Sozialstaats, die das System aus der Perspekti-
33 ve des vermeintlichen Missbrauchs heraus gedacht hat,
34 hat Millionen von Menschen ohne Arbeit unter Gene-
35 ralverdacht gestellt, hat sie drangsaliert und sanktio-
36 niert und Arbeitslosigkeit zur individuellen Schuld ge-
37 macht. Sie ging davon aus, dass Menschen, die von Ar-
38beitslosigkeit betroffen sind, dazu neigen, das System
39 auszunutzen und hat deshalb den Ansatz verfolgt, dass
40 man diese Menschen nur genug antreiben und aktivie-
41 ren müsse, damit sie wieder arbeiten gehen. Mit diesen
42 Unterstellungen muss endlich Schluss sein!
43 Wir stehen für ein Sozialstaatskonzept, in dem solch ein
44 Menschenbild der Vergangenheit angehört. Unser Sozi-
45 alstaat ist kein aktivierender und damit gängelnder, der
46 für sich den Anspruch erhebt, Bürger*innen durch po-
47 sitive oder negative Maßnahmen erziehen zu müssen.
48 Wir wollen einen solidarischen und aktiven Sozialstaat,
49 der alle Menschen gegen die Willkür des Kapitalismus
50 absichert. Was genau heißt das im Einzelnen?
51 Arbeitslosigkeit ist nicht länger fälschlicherweise als ein
52 individuelles Scheitern des einzelnen Menschen, son-
53 dern als ein Scheitern der Gesellschaft zu verstehen,
54 die nicht in der Lage ist, Arbeit und damit auch an-
55 ständige Einkommen gerecht zu verteilen. Wir gehen
56 von einem positiven Menschenbild aus, dass der Tatsa-
57 che Rechnung trägt, dass Menschen grundsätzlich mo-
58 tiviert sind, in ihrem Leben einer sinnstiftenden Tätig-
59 keit nachzugehen. Deshalb muss das Hauptziel des So-

Empfehlung der Antragskommission: Überweisung an:

SPD-Parteivorstand an Kommission „Neuer Sozial-
staat“

Teilweise erledigt durch L-01 und L-02

60 zialstaats darauf ausgerichtet sein, allen Menschen ei-
 61 ne solche Arbeit zu ermöglichen. Darin besteht eine zen-
 62 trale Verantwortung des Sozialstaats: den Menschen,
 63 die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, Angebote zur
 64 Weiterbildung und Qualifizierung und zu einer sozi-
 65 alversicherungspflichtigen, tarifgebundenen Arbeit zu
 66 machen. Der Sozialstaat selbst muss also aktiv sein und
 67 zum Beispiel auch schon bei drohender Arbeitslosigkeit
 68 präventiv tätig werden und nicht mehr wie bisher Men-
 69 schen aktivieren und gängeln.

70 Wir stehen zur Zentralität der Erwerbsarbeit, weil wir
 71 der Auffassung sind, dass Arbeit der zentrale Schlüs-
 72 sel für gesellschaftliche Teilhabe ist. Das bedeutet im
 73 Umkehrschluss selbstredend nicht, dass Menschen, die
 74 keiner Erwerbsarbeit nachgehen können, von der ge-
 75 gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen sind. Auch hier
 76 ist der Sozialstaat gefragt, ein möglichst autonomes,
 77 selbstbestimmtes Leben zu garantieren und deshalb ge-
 78 hört auch die Grundsicherung entschieden verändert.
 79 Absicherung muss also wieder als ein Grundrecht ver-
 80 standen werden und kann deshalb nicht an die Erbrin-
 81 gung einer Gegenleistung geknüpft werden. Wer aber
 82 arbeiten kann und möchte, sollte dazu in die Lage ver-
 83 setzt werden und ein entsprechendes Angebot dazu
 84 erhalten. Deshalb setzen wir uns mittelfristig für ein
 85 Recht auf Gute Arbeit ein.

86 Vollzieht man den hier skizzierten Paradigmenwech-
 87 sel weg vom aktivierenden und gängelnden Sozialstaat
 88 hin zu einem aktiven und solidarischen nach, ergeben
 89 sich aus unserer Perspektive auf verschiedenen Feldern
 90 Handlungsbedarfe, um die verschiedenen Ungerechtig-
 91 keiten des bisherigen Hartz-Systems endlich abzuschaf-
 92 fen.

93
 94 **Sanktionsfreiheit statt Sanktionsregime**

95 Eines der kontrovers diskutiertesten Themen ist die Fra-
 96 ge der Sanktionen. Sie stehen wie nichts anderes für den
 97 fatalen Fehler, den unsere Partei gemacht hat, weil sie
 98 den Staat da zu einer Strafinstanz gemacht haben, wo
 99 er unterstützend wirken müsste. Dadurch wurden Bür-
 100 ger*innen zu Bittsteller*innen; wurden Mitglieder un-
 101 serer Gesellschaft an ihren Rand gedrängt. Besonders
 102 hart von den Sanktionen sind Menschen unter 25 Jah-
 103 ren betroffen, da ihnen schon bei kleinsten Verstößen
 104 gegen Auflagen die Leistungen temporär komplett ge-
 105 strichen werden können. Bei wiederholten Verstößen
 106 kann zusätzlich das Geld für Heizung und Miete voll-
 107 ständig gestrichen werden. Diese Sozialleistungen sind
 108 für uns aber nicht irgendwelche Almosen, die Menschen
 109 aus Gnade gewährt werden. Sozialleistungen sind der
 110 gerechte Beitrag einer Solidargemeinschaft, auf den al-
 111 le Mitglieder ein Anrecht haben, die darauf angewiesen
 112 sind.

113 Die Praxis der Sanktionen ist für uns nichts anderes
 114 als ein staatliches Armutsförderungsprogramm und mit
 115 unserer Idee eines aktiven und solidarischen Sozial-
 116 staats daher unvereinbar. Wir fordern deshalb die voll-
 117 ständige Sanktionsfreiheit. Außerdem fordern wir un-

118 sere Partei dazu auf, auf dem Weg dahin zügig Nägel
 119 mit Köpfen zu machen und die altersbedingte Diskrimi-
 120 nierung der besonders harten Sanktionen für unter 25-
 121 jährige noch in der Großen Koalition zu beenden.
 122 Auch einem Anreiz- und Boni-System, welches gerade
 123 als positive Alternative zu den Sanktionen ins Spiel ge-
 124 bracht wird, erteilen wir eine klare Absage, wenn da-
 125 mit Leistungsprämien für Empfänger*innen der Grund-
 126 sicherung gemeint sind, die sich besonders anstrengen.
 127 Auch dahinter steckt die falsche Annahme, dass Men-
 128 schen aktiviert werden müssen, damit sie wieder einer
 129 Arbeit nachgehen. In unserem Konzept muss hingegen
 130 der Sozialstaat aktiv sein und nicht als erzieherische In-
 131 stanz auftreten. An ihm ist es, den Menschen Angebote
 132 zu machen und diese so attraktiv und bedarfsgerecht zu
 133 gestalten, dass Menschen diese annehmen, weil sie ei-
 134 ne tatsächliche Hilfe darstellen.
 135 In diesem Punkt sind unsere Vorstellungen weiterge-
 136 hender als die vorliegenden Punkte der „Sozialstaatsre-
 137 form 2025“ und wir fordern unsere Partei dazu auf, mit
 138 uns über die volle Distanz zu gehen. Nur so kann Hartz
 139 IV konsequent abgeschafft werden.

140

141 **Gesellschaftliche Teilhabe statt Stigmatisierung**

142 Auch in einer anderen Frage fordern wir Nachbesserun-
 143 gen an dem bisher vorliegenden Papier und zwar in der
 144 Frage der Regelsätze, die so, wie sie sind, nicht bleiben
 145 können, weil sie Menschen von der gesellschaftlichen
 146 Teilhabe ausschließen und nach wie vor stigmatisieren.
 147 Der aktuelle Basis-Regelsatz für das Arbeitslosengeld
 148 (ALG) II liegt für Alleinstehende (Regelbedarfsstufe 1) bei
 149 424 €. Er setzt sich aus verschiedenen Einzelposten zu-
 150 sammen, die jeweils prozentual gewichtet werden. 0,26
 151 % des Regelsatzes wird beispielsweise für den Posten
 152 ‚Bildung‘ veranschlagt, was beim aktuellen Regelsatz
 153 1,10 € pro Monat bedeutet. Um das nochmal zu verdeut-
 154 lichen: Gut ein Euro im Monat steht Empfänger*innen
 155 des ALG II laut Berechnung für Bildung zur Verfügung.
 156 Zusätzlich zu dem so berechneten Regelsatz besteht
 157 ein Anspruch auf Übernahme der Kosten für Unter-
 158 kunft und Heizung für einen angemessenen Wohn-
 159 raum. Auch hier wird wieder ein Unterschied zwischen
 160 Personen unter 25 Jahren und dem Rest gemacht. Emp-
 161 fänger*innen des ALG II, die unter 25 Jahren sind, haben
 162 nur unter bestimmten Bedingungen einen Anspruch
 163 auf Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung,
 164 sofern sie bei ihren Eltern ausziehen möchten. Sie sind
 165 dazu verpflichtet, sich im Vorfeld eines Auszugs die Zu-
 166 stimmung zur Kostenübernahme vom Jobcenter einzu-
 167 holen.
 168 Dieser unsägliche status quo unterstreicht den dringen-
 169 den Handlungsbedarf. Die aktuellen Regelsätze schlie-
 170 ßen Menschen von der gesellschaftlichen Teilhabe aus.
 171 Ein Existenzminimum in unserem Sinne gewährleistet
 172 aber genau dies: Ein möglichst selbstbestimmtes Leben
 173 und die vollständige Teilhabe an der Gesellschaft an-
 174 statt ein Dasein in Armut am Rande dieser. Daher for-
 175 dern wir eine Neuberechnung und deutliche Erhöhung

176 der Regelsätze in der Grundsicherung. Die ständige An-
 177 passung der Höhe dieser Sozialleistungen muss dabei an
 178 die allgemeine Lohnentwicklung gekoppelt sein. Denk-
 179 bar wäre, zur Ermittlung und Anpassung der Höhe ei-
 180 ne Sachverständigenkommission zu beauftragen, wie
 181 es der DGB vorschlägt.

182

183 **Qualifizierung und Weiterbildung statt Maßnahmend-**
 184 **schungel**

185 Neben einer gerechten Ausgestaltung der Regelsät-
 186 ze ist es unserer Meinung nach eine der wichtigsten
 187 Aufgaben des Sozialstaats zu verhindern, dass Men-
 188 schen überhaupt auf diese Regelsätze angewiesen sind.
 189 In diesem Punkt unterstützen wir explizit die bisheri-
 190 gen Überlegungen unserer Partei. Der Sozialstaat selbst
 191 muss aktiv werden und die Energie und Ressourcen, die
 192 er bisher darauf verwendet, Menschen mit Sanktionen
 193 zu drohen und diese durchzusetzen, dafür einsetzen,
 194 dass Menschen Qualifizierungsmöglichkeiten erhalten.
 195 Neben einem Recht auf Arbeit schließen wir uns der For-
 196 derung nach einem Rechtsanspruch auf Weiterbildung
 197 und nach einer Qualifizierungsgarantie an.

198 Aufgrund der Tatsache, dass sich die Arbeitswelt nach
 199 wie vor in einem grundlegenden und vielleicht stän-
 200 digen Wandel befindet, wird es auch in Zukunft und
 201 teilweise verstärkt zu Umbrüchen im individuellen Er-
 202 werbsleben kommen. Hier hat der Sozialstaat die Auf-
 203 gabe, Menschen präventiv vor Arbeitslosigkeit zu schüt-
 204 zen. Damit er diese Aufgabe wahrnehmen kann, muss
 205 sich die Agentur für Arbeit zu einer Agentur für Arbeit
 206 und Qualifizierung entwickeln. Dort haben Menschen
 207 dann ein Anrecht auf intensive Beratung, Betreuung
 208 und Vermittlung, um erst gar nicht von Arbeitslosig-
 209 keit betroffen zu sein. Die Qualifizierungsgarantie rich-
 210 tet sich dabei im Besonderen an Arbeitnehmer*innen,
 211 deren Arbeitsplatz wegzufallen droht. Sie sollen einen
 212 Anspruch auf eine Umschulung erhalten und im Zeit-
 213 raum dieser Umschulung nicht von der Grundsicherung
 214 betroffen sein, sondern eine Lohnersatzleistung erhal-
 215 ten.

216 Außerdem unterstützen wir die Forderung danach, dass
 217 auch das dritte Umschulungsjahr finanziert werden
 218 soll, um Menschen auf ihrem Weg zu einem Berufsab-
 219 schluss vollständig zu unterstützen.

220 Für all diejenigen Menschen, die von Langzeitar-
 221beitslosigkeit betroffen sind und die trotz aller
 222 Weiterbildungs- und Vermittlungsbemühungen
 223 keine neue Arbeit finden, fordern wir nicht erst, wie
 224 aktuell nach 6 Jahren, sondern unmittelbar ein Recht
 225 auf einen sozialversicherungspflichtigen, tariflich
 226 bezahlten Arbeitsplatz im sozialen Arbeitsmarkt, um
 227 ihnen den Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt
 228 zu ermöglichen.

229 Die hier erhobenen Forderungen sind wichtige Schritte
 230 auf dem Weg von der bisherigen Arbeitslosenversiche-
 231 rung hin zu einer solidarischen Arbeitsversicherung, die
 232 nicht erst im Falle der Arbeitslosigkeit aktiv wird, aber
 233 auch dann passgenaue Angebote zur Verfügung stellt.

234

235 **Lebensleistung statt Armutsfalle**

236 In der Frage der Anerkennung von Lebensleistung unter-
 237 stützen wir ebenfalls die Richtung, in die die vorlie-
 238 genden Maßnahmen aus der „Sozialstaatsreform 2025“
 239 zeigen, wenngleich wir wichtige Ergänzungen fordern.
 240 Neben den Sanktionen ist dies die zentrale Ungerech-
 241 tigkeit, die durch der Hartz-Reform herbeigeführt wur-
 242 de: die Missachtung von Lebensleistung. Wer mehrere
 243 Jahrzehnte Beiträge gezahlt hat, wird nach 12 Monaten
 244 genauso behandelt, wie jemand, der noch nie Beiträ-
 245 ge in die Arbeitslosenversicherung gezahlt hat, fällt al-
 246 so in die Grundsicherung und ist gezwungen, zunächst
 247 ihr*sein hart erarbeitetes kleines Vermögen aufzubrau-
 248 chen und ggf. ihre*seine Wohnung bzw. ihr*sein Haus
 249 zu verlassen. Obwohl ein*e Arbeitnehmer*in also jahr-
 250 zehntelang gearbeitet hat, fällt sie*er nach kürzester
 251 Zeit ins Bodenlose und muss darüber hinaus noch unab-
 252 hängig von der tatsächlichen Qualifikation nahezu je-
 253 den Job annehmen, der ihr*ihm angeboten wird, wenn
 254 man von Sanktionen verschont bleiben will.

255 Dies war der grundlegendste Systemwechsel weg vom
 256 bisherigen Sozialstaat, der den eigenen Lebensstandard
 257 weitestgehend gesichert hat, hin zu einem neoliberalen
 258 Wohlfahrtsstaat, der für dieses Versprechen nichts
 259 mehr übrig hatte. Und aus diesem Grund braucht es
 260 auch nun nicht weniger als einen erneuten System-
 261 wechsel und es ist richtig, dass wir nicht einfach die Zeit
 262 zurückdrehen, sondern neue Antworten für unsere Zeit
 263 gefunden haben.

264 Wir stehen für den Einkommens- und Qualifikations-
 265 schutz und die Anerkennung von Lebensleistung und
 266 fordern daher:

267

- 268 • eine deutlich längere Bezugsdauer des ALG I (Ar-
 269 beitslosengeld I) für Beschäftigte, die lange Jahre
 270 Beiträge in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt
 271 haben. Hier reichen uns die Vorstellungen, die die
 272 parteiinterne Lenkungsgruppe vorgelegt hat, nicht
 273 aus. Wir fordern eine sukzessive Erhöhung der An-
 274 spruchszeit auf das ALG I ab 10 Beitragsjahren.
- 275 • die Einführung eines ALG Q, um dem Recht auf
 276 Weiterbildung und Qualifizierung gerecht zu wer-
 277 den. Auch in diesem Punkt unterstützen wir die vor-
 278 gelegten Vorstellungen. Wer innerhalb der ersten
 279 drei Monate im ALG I-Bezug keine neue Arbeit fin-
 280 det, hat einen Anspruch auf eine gezielte Weiter-
 281 bildungsmaßnahme und dem damit verbundenen
 282 ALG Q, das der Höhe des ALG I entspricht. Anders als
 283 es die Lenkungsgruppe vorschlägt, fordern wir au-
 284 ßerdem, dass das ALG Q über die gesamten 24 Mo-
 285 nate, die es gewährt werden kann, anrechnungsfrei
 286 im Bezug auf den ALG I-Anspruch bleibt.
- 287 • eine Mindesthöhe des ALG I von 850 €, wie es zu-
 288 letzt der DGB in die Diskussion eingebracht hat.
 289 Dies verbessert vor allem die Lage all derjenigen
 290 Beschäftigten, die aufgrund von unbezahlter Care-
 291 Arbeit in Teilzeit arbeiten mussten und daher kei-

292 ne allzu großen Ansprüche in der Arbeitslosenversi-
 293 cherung erwerben konnten. Ihr ALG I-Anspruch soll
 294 auf mindestens 850 € erhöht werden und sich fort-
 295 laufend der Lohnentwicklung anpassen.

296 • die Anrechnung von Erziehungs- und Pflegezeiten
 297 als Beschäftigungszeiten. Dieser Punkt hängt mit
 298 dem zuvor genannten zusammen. Wenn wir über
 299 Umbrüche im Erwerbsleben sprechen, muss dies
 300 explizit auch aus einer feministischen Perspektive
 301 geschehen. Gerade Frauen* sind aufgrund der Tat-
 302 sache, dass sie nach wie vor einen Großteil der un-
 303 bezahlten Erziehungs- und Pflegearbeit leisten, be-
 304 besonders stark von Armut betroffen, weil diese nicht
 305 berücksichtigt bzw. für selbstverständlich gehalten
 306 wird und sie dadurch häufig gar keinen Anspruch
 307 auf das ALG I haben. Wir fordern also einen Doppel-
 308 schritt. Diejenigen, die nur sehr geringe Ansprüche
 309 im ALG I-Bezug erwerben konnten, sollen mindes-
 310 tens 850 € erhalten. Und diejenigen, die aufgrund
 311 von unbezahlter Care-Arbeit zurzeit überhaupt kei-
 312 nen Anspruch auf das ALG I haben, sollen durch die
 313 Anrechnung von Erziehungs- und Pflegezeiten ge-
 314 nau diesen erhalten.

315 • eine Reform der Anwartschaftszeiten und Rahmen-
 316 fristen, die Grundvoraussetzung für den Bezug des
 317 ALG I sind. Wer in einer Rahmenfrist von drei Jahren
 318 sechs Beitragsmonate nachweisen kann, darf kein
 319 Fall für das ALG II sein. Dies ist insofern ein abso-
 320 lutes Gebot der Gerechtigkeit, als es im Moment
 321 zahlreiche Beschäftigte in der Leiharbeit und in be-
 322 fristeten Arbeitsverhältnissen gibt, die zwar Beiträ-
 323 ge leisten, aber sofort in die Grundsicherung fallen,
 324 sobald sie ihre Arbeit verlieren. Dies ist ein wichti-
 325 ger Schritt ebenfalls aus einer feministischen Per-
 326 spektive sowie für alle, die in atypischer Beschäfti-
 327 gung sind und einem ständigen Wechsel aus jener
 328 Beschäftigung und Phasen der Arbeitslosigkeit aus-
 329 geliefert sind.

330 • eine Reform der Zumutbarkeitsregelungen bei der
 331 Jobvermittlung. Es dürfen nur Jobs, die dem eige-
 332 nen Qualifikationsniveau entsprechen, als zumut-
 333 bar gelten. Damit lösen wir das Versprechen ein,
 334 dass die Qualifikationen, die Beschäftigte erwor-
 335 ben haben, geschützt werden. Niemand soll mehr
 336 gezwungen werden können, jeden Job unabhängig
 337 von der eigenen Qualifikation annehmen zu müs-
 338 sen.

339 • Eine personelle Stärkung der zuständigen Behör-
 340 den. Um die genannten Maßnahmen umfassend
 341 umsetzen zu können, muss die Personalstärke bes-
 342 ser ausgestattet werden, damit eine individuelle
 343 und gestärkte Betreuung gewährleistet werden
 344 kann.

345
 346 Die hier aufgeführten Maßnahmen verfolgen, wie be-
 347 schrieben, vor allem das Ziel, Lebensleistung anzuer-
 348 kennen, das Einkommen und die Qualifikation von Be-
 349 schäftigten zu schützen und den Fall in die Grundsi-

350 cherung mit allen Mitteln zu vermeiden. Zugleich ge-
351 hört zur Wahrheit dazu, dass letzterer natürlich den-
352 noch nicht vollständig ausgeschlossen ist und auch für
353 diesen Fall müssen wir bestehende Ungerechtigkeiten
354 abschaffen.

355 Wenn Menschen ohne Arbeit aktuell in den Bezug der
356 Grundsicherung rutschen, sind die Betroffenen dazu
357 aufgefordert, zunächst die mühsam ersparten Rückla-
358 gen bis zu einem sehr geringen Freibetrag aufzubrau-
359 chen, was von Behördenseite aus mit einigem büro-
360 kratischen Aufwand verbunden ist. Davon betroffen ist
361 auch das Wohneigentum, sofern dies vorhanden ist,
362 was zu der absurden Situation führt, dass manche ALG
363 II-Bezieher*innen ihre Wohnung, die sie selbst nutzen,
364 verkaufen müssen, damit der Staat im Anschluss die
365 Miete für eine kleinere Wohnung übernimmt.

366 Um diese Form der Missachtung der Lebensleistung und
367 des massiven Eingriffs in die Würde eines Menschen
368 zu beenden, fordern wir auch in der Frage der Anrech-
369 nung von ersparten Rücklagen und dem ggf. vorhan-
370 denen Wohneigentum einen Paradigmenwechsel. Hier
371 reicht die vorgeschlagene Schonfrist von zwei Jahren
372 beim Bürgergeld, in der eine Prüfung der Vermögens-
373 werte ausgesetzt wird, nicht aus. Wir fordern, dass in
374 Zukunft die bürokratisch aufwendige Prüfung von er-
375 sparten Rücklagen und ggf. vorhandenem Wohneigen-
376 tum entfällt und nur noch in begründeten Ausnahme-
377 fällen durchgeführt wird, sodass Menschen nicht län-
378 ger dazu gezwungen werden, im Falle der Arbeitslosig-
379 keit ihr erarbeitetes Vermögen aufzubrauchen und ihre
380 Wohnung zu verlassen.

381 Die angekündigte Reform des Wohngeldes, die dafür
382 Sorge tragen soll, dass Menschen nur aufgrund hoher
383 Wohnkosten auf die Grundsicherung angewiesen sind,
384 unterstützen wir.

385

386 **Anständige Einkommen statt subventionierte Billiglöh-** 387 **ne**

388 Eine dritte zentrale Ungerechtigkeit im aktuellen Hartz-
389 System stellt die Tatsache dar, dass über ein Viertel der
390 ALG II-Bezieher*innen einer Erwerbstätigkeit nachge-
391 hen. Über eine Millionen Menschen gehen teilweise so-
392 gar Vollzeit einer Arbeit nach, von der sie nicht leben
393 können und daher auf zusätzliche Unterstützung des
394 Sozialstaats angewiesen sind. In vielen Fällen subven-
395 tioniert die Solidargemeinschaft Billiglöhne, weil man-
396 che Unternehmen nicht willens sind, Arbeit anständig
397 zu entlohnen.

398 Um diesem untragbaren Zustand ein Ende zu setzen,
399 fordern wir

400

- 401 • eine Erhöhung des Mindestlohns auf eine Armuts-
402 feste Höhe von heute mindestens 12,63 €, sodass
403 Beschäftigte nicht länger auf aufstockende Sozi-
404 alleistungen angewiesen sind. Die vom Parteivor-
405 stand beschlossenen 12€ sind ein großer Schritt
406 in die richtige Richtung, dürfen aber nicht das En-
407 de der Fahnenstange sein. Des Weiteren unterstüt-

408 zen wir das Vorhaben der Lenkungsgruppe, mit ei-
 409 nem Tariftreuegesetz dafür zu sorgen, dass die öf-
 410 fentliche Hand mit gutem Beispiel vorangeht.
 411 • eine Stärkung der Sozialpartnerschaft und der Tarif-
 412 bindung. Auch in diesem Punkt hat die Lenkungs-
 413 gruppe wichtige Vorschläge gemacht, denen wir
 414 uns anschließen. Es muss debattiert werden, wie
 415 sinnvoll die steuerliche Besserstellung tarifgebun-
 416 dener Unternehmen im Gegensatz zu nicht tarifge-
 417 bundenen ist.
 418 • Wir fordern eine Ausweitung von allgemeinver-
 419 bindlichen Tarifverträgen, indem wir das bei Allge-
 420 meinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträ-
 421 gen bestehende Vetorecht der Arbeitgeber abschaf-
 422 fen.

423
 424 **Kindergrundsicherung statt Armut per Geburt**

425 Neben den sogenannten „Aufstocker*innen“ muss ei-
 426 ne Personengruppe in den Blick genommen werden, die
 427 sich zwar im Bezug des Arbeitslosengelds II befindet,
 428 zu einem großen Teil aber noch gar nicht arbeiten kann
 429 und darf. Ein Drittel aller Bezieh*innen von Hartz IV
 430 sind Kinder und Jugendliche, die sich teilweise ab dem
 431 Zeitpunkt ihrer Geburt in Armut befinden und dort nur
 432 schwer herauskommen, trotz staatlicher Familien- und
 433 Kinderförderung. Dass zwei Millionen Heranwachsen-
 434 de Hartz IV beziehen müssen, zeigt, dass die bisheri-
 435 gen Maßnahmen versagen. Aus diesem Grund schlie-
 436 ßen wir uns der Forderung einer sozialdemokratischen
 437 Kindergrundsicherung an, damit Kinder und Jugendli-
 438 che endlich aus dem Hartz IV-System herauskommen,
 439 in dem sie nichts verloren haben. Die Lenkungsgrup-
 440 pe schlägt dazu ein zwei Säulen-Modell vor, das einer-
 441 seits den tatsächlichen finanziellen Bedarf des jeweili-
 442 gen Kindes berücksichtigt sowie die vor Ort bestehenden
 443 Infrastrukturleistungen wie Kitas, Schulen etc. Wir un-
 444 terstützen ausdrücklich diesen ganzheitlichen Blick, der
 445 sowohl dafür Sorge trägt, dass Kindern genug Geld zur
 446 Verfügung steht, als auch sicherstellt, dass der Zugang
 447 zur Kita, zur Schule, zu Mobilität, zu Kultur etc. kosten-
 448 und barrierefrei ist. Die Kindergrundsicherung ist dabei
 449 kein bedingungsloses Grundeinkommen für einen Teil
 450 der Bevölkerung, sondern die Höhe dieser Leistung ori-
 451 entiert sich aus Gründen der Gerechtigkeit am Einkom-
 452 men der Eltern.

453
 454 **Feministischer Sozialstaat statt Orientierung am**
 455 **‚männlichen Alleinverdiener‘**

456 Ein Aspekt kommt in der gesamten Diskussion um ei-
 457 ne „Sozialstaatsreform 2025“ bisher zu kurz: Der aktu-
 458 elle Sozialstaat ist weitestgehend an der Realität über-
 459 holten männlichen Alleinverdiener-Modell ausgerich-
 460 tet, wie am Beispiel der Anrechnung von Pflege- und Er-
 461 ziehungszeiten deutlich geworden ist. Für uns ist aber
 462 klar: Unser Sozialstaat muss feministisch gedacht sein!
 463 Anders als aktuell soll das nicht nur auf dem Papier ste-
 464 hen, dass Gleichberechtigung ein Muss ist, sondern die-
 465 se soll auch wirklich umgesetzt und die Lebensrealität

466 ten von Frauen* konsequent mitgedacht werden.
467 Die immer noch vorherrschende strukturelle Benach-
468 teiligung von Frauen in unserer Gesellschaft führt da-
469 zu, dass Frauen, die größtenteils für Caretätigkeiten zu-
470 ständig sind und sich viel öfter in prekären Arbeits-
471 verhältnissen befinden, dem Harzt IV-System auf be-
472 sondere Weise ausgesetzt sind. Durch schlecht bezahl-
473 te Arbeit, die oft in Teilzeit verrichtet wird, zieht sich
474 die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern auch ins
475 ALG I. Neben der strukturellen Bekämpfung dieser Un-
476 gleichheiten auf dem Arbeitsmarkt müssen also auch
477 Ausgleichsmechanismen geschaffen werden, damit das
478 ALG I für Frauen zum Leben in Teilhabe reicht.
479 Unsere Sozialpolitik muss Frauen also unabhängig ab-
480 sichern. So macht zum Beispiel das Prinzip der Bedarfs-
481 gemeinschaft viele Frauen abhängig von ihrem*r Le-
482 benspartner*in, weil es davon ausgeht, dass in diesem
483 Konstrukt untereinander Unterhalt geleistet wird. Dies
484 kann unter anderem dazu führen, dass Frauen* ge-
485 hemmt sind, sich in schwierigen Umständen aus dieser
486 Situation herauszuziehen. Daher fordern wir eine Ab-
487 sicherung, die ohne Bedarfsgemeinschaften auskommt
488 und stattdessen die Bedarfe von Menschen, die ei-
489 ne Grundsicherung erhalten, individuell erfasst. Frauen
490 sind durch ihre Menstruation und durch die Verhütung,
491 die immer noch mehrheitlich Frauen überlassen wird,
492 beispielsweise mit finanziellem Mehraufwand konfron-
493 tiert, ähnliches gilt für vermeintliche und tatsächliche
494 genderspezifische Pflegeprodukte. Derartige Ausgaben
495 müssen bei der Berechnung der Bedarfe beachtet wer-
496 den, um Benachteiligungen gegenüber Männern zu ver-
497 meiden.

498 Auch in der Frage nach einem Weg aus der Grundsiche-
499 rung heraus, muss eine feministische Perspektive be-
500 rücksichtigt werden. Damit eine vernünftige Arbeits-
501 vermittlung erfolgen kann, müssen die Berater*innen
502 geschult werden. Gerade der Umgang mit Frauen in
503 Arbeitslosigkeit, die sich in sensiblen Situationen be-
504 finden, muss sicher und rücksichtsvoll sein. Dazu ge-
505 hören unter anderem Probleme wie häusliche Gewalt,
506 Schwangerschaft und mögliche Schwangerschaftsab-
507 brüche, Verhütung, Alleinerziehende oder Hausfrau-
508 en, die durch eine Scheidung erst arbeitslos geworden
509 sind. Diese Frauen brauchen unterschiedliche Betreu-
510 ung und müssen diese auch bekommen. In Extremsi-
511 tuationen sollen sie sich nicht auch noch vom Amt un-
512 ter Druck gesetzt fühlen, sondern eine gezielte Unter-
513 stützung bekommen, um möglichst gut mit dieser Le-
514 benslage umgehen zu können. Dies betrifft insbeson-
515 dere Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen,
516 die bedarfsgerecht gestaltet sein müssen. Außerdem
517 muss in einer Datenerfassung unterschiedliche Gender
518 unterschieden werden, um eine noch bessere Betreu-
519 ung zu ermöglichen. Auch der Zugang zu Infrastruktur,
520 durch die Carearbeiten erledigt werden, für die sonst
521 mehrheitlich Frauen zuständig sind, muss erleichtert
522 werden.

523

524 **Fazit**

525 Unsere Partei ist mit ihrem Diskussionsaufschlag für ei-
526 ne Abschaffung von Hartz IV auf dem richtigen Weg und
527 wir begrüßen grundsätzlich die vorgelegten Forderun-
528 gen. Zugleich rufen wir sie dazu auf, mit uns den Weg
529 konsequent zu Ende zu gehen, um das Hartz-System
530 restlos hinter uns zu lassen. Wir fordern weitere Schritte
531 im Bezug auf die Sanktionsfreiheit, auf die Höhe der Re-
532 gelsätze, auf eine feministische Perspektive sowie in Be-
533 zug auf einige weitere zentrale Forderungen, in denen
534 wir weitergehende Vorstellungen haben. Nur so gelingt
535 uns der Weg hin zu einer progressiven und solidarischen
536 Arbeits- und Sozialpolitik.